

# **Weltwirtschaft, Halbzeit für Rot-Grün und Aussichten für Deutschland**

Resolution der 6. Bundeskonferenz der  
SAV vom 8. bis 10. Dezember 2000 in  
Köln

**SAV**

***Sozialistische  
Alternative***

# Inhalt

Eine neue Bewegung gegen Kapitalismus entsteht.....	3
Die Weltwirtschaft.....	5
Deutsche Wirtschaft.....	11
Der Euro.....	12
Halbzeitbilanz von Rot-Grün.....	14
Der CDU-Spendenskandal und seine Folgen.....	17
Rassismus und Faschismus.....	18
PDS.....	20
Klassenkämpfe und Gewerkschaften.....	23
Aussichten für eine neue Arbeiterpartei und die Aufgaben der SAV.....	27

## Impressum

Herausgegeben von der Sozialistischen Alternative (VORAN)  
Littenstrasse 106/107, 10179 Berlin, info@sav-online.de  
Januar 2001

## Eine neue Bewegung gegen den Kapitalismus entsteht

1. Trotz des fortgesetzten Wirtschaftswachstums in den USA und Europa haben sich Ende der 90er Jahre eine Welle von Protesten entwickelt, die den Neoliberalismus, die Vorherrschaft der multinationalen Konzerne und das kapitalistische System herausgefordert haben. Der Prozess der Globalisierung auf ökonomischer Ebene hat zur „Globalisierung“ der antikapitalistischen Proteste geführt. Vor allem eine Schicht von radikalisierten Jugendlichen, aber auch GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen, „3.-Welt“-AktivistInnen haben sich massenhaft gegen die Institutionen der Globalisierung und des Imperialismus gewandt.

2. Seattle ist zum Synonym geworden für die Entstehung einer „neuen Internationalen gegen die Globalisierung“ (Wirtschaftswoche). Aber Seattle war kein Einzelfall: der Widerstand gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), die Demonstrationen gegen die EU-Gipfel in Amsterdam 1997, Köln 1999, Lissabon 2000, die Mobilisierungen gegen die Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln und 2000 in Okinawa, gegen die IWF-Tagungen in Washington D.C. und Prag, gegen das Weltwirtschaftsforum in Melbourne, der Weltmarsch der Frauen und die Proteste gegen den ASEAM-Gipfel in Seoul im Herbst 2000, der „Carnival Against Capitalism“ in London und das Anti-Globalisierungsfestival und die Solidaritätsdemonstrationen mit dem französischen Bauern Bové in Millau markieren eine internationale Protestbewegung, die sich nicht mehr nur gegen einzelne Angriffe auf die Arbeiterklasse richtet, sondern die Institutionen und die Logik des kapitalistischen Systems zum Gegner gewählt hat. Tom Hayden, ein prominenter Teilnehmer der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, sagte nach der Demonstration gegen die WTO in Seattle: „1968 ging es um ein oder zwei Themen, aber hier das geht um alles.“

Der wachsende Unmut gegen die Folgen der neoliberalen Politik und die ersten Erfolge bei den globalen Protesten hat die Gewerkschaftsführung unter Druck gesetzt, sich an den Aktionen zu beteiligen. Bei den Protesten in Seattle, Melbourne oder Seoul hatte die Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern großes Gewicht. Beim EU-Gipfel in Nizza ist der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) erneut gezwungen, mehrere zehntausend KollegInnen zur Demonstration aufzurufen.

3. „In Seattle brach über den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts das erste große Gewitter herein“ schrieb es der SPIEGEL und berichtete: „Der Unmut der Teens und Twens richtete sich gegen die Symbole des Kapitalismus: Als erstes zerschmetterten sie Fenster bei McDonald's und Nike. Später plünderten sie ein Café des Starbucks-Kette, deren Chef Howard Schulz von Seattle aus ein weltweites Imperium mit über 2000 Filialen weltweit aufgebaut hat.“

4. „The Battle of Seattle“ markierte vor allem aus drei Gründen einen Wendepunkt: erstens weil selten Proteste so effektiv und erfolgreich waren (die Auftaktzeremonie der WTO-Tagung musste abgeblasen werden, weil viele TagungsteilnehmerInnen ihre Hotels nicht verlassen konnten), damit bedeutete Seattle eine enorme Motivation für AktivistInnen auf der ganzen Welt; zweitens aufgrund des internationalen Charakters der Proteste (weltweit riefen über eintausend Organisationen dazu auf und amerikanische GewerkschafterInnen demonstrierten neben indischen ReisbäuerInnen und europäischen UmweltschützerInnen) und drittens manifestierten sie eine qualitative Veränderung der politischen Lage in den USA.

5. Dem längsten Wachstumszyklus im 20. Jahrhundert zum Trotz entwickelt sich in den USA ein politische Radikalisierung von wichtigen Teilen der Jugend. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass radikale Jugendbewegungen ein Vorbote von großen Kämpfen der Arbeiterklasse sind.

Die Radikalisierung unter Jugendlichen, aber auch unter einem wichtigen Teil der arbeitenden Bevölkerung manifestiert sich neben den Protesten gegen WTO und IWF in einem Wachstum der Gewerkschaften, vor allem durch den Eintritt von schwarzen und hispanischen ArbeiterInnen; bisher einigen wenigen, jedoch bedeutenden Arbeitskämpfen (zum Beispiel Streiks bei UPS oder beim Reinigungspersonal); der Tatsache, dass der US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO zum ersten Mal eine Amnestie für illegale Einwanderer in den USA fordert und, last but not least, der Unterstützung, die der linke Präsidentschaftskandidat Ralph Nader genießt, an dessen Wahlkampfveranstaltungen bis zu 16.000 Menschen (Madison Square Garden) teilnahmen und der trotz des Kopf an Kopf Rennens von Republikanern und Demokraten 2,6 Millionen Stimmen (3 Prozent) erhielt.

6. Der ungleichmäßige und widersprüchliche Prozess in dem sich der Neuaufbau der Arbeiterbewegung vollzieht, zeigt sich in den USA unter anderem daran, dass all diese Entwicklungen weitgehend an der vor wenigen Jahren gegründeten Labor Party vorbeigegangen sind und damit die Zukunft der Partei in Frage gestellt ist. Nicht zuletzt die Aufstandsbewegungen in Ecuador und Bolivien und die Entwicklungen in Venezuela sind als Teil einer internationalen Rebellion gegen Neoliberalismus und Globalisierung zu betrachten. Doch auch für diese Bewegungen gilt nach wie vor, dass die beteiligten Massen wissen wogegen sie sind, aber noch nicht wissen, wofür sie kämpfen sollen. Dieses niedrige politische Verständnis, die politische Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung im allgemeinen und das Fehlen einer starken marxistischen Organisation in der Arbeiterbewegung im Speziellen führt dazu, dass sich auch radikale Massenbewegungen oft nur partiell oder gar nicht durchsetzen können.

7. Die Protestbewegungen gegen MAI, WTO, IWF und EU markieren in erster Linie

eine neue Radikalisierung unter einer wichtigen Schicht von Jugendlichen.

Die globalen Proteste haben aber auch zu einer politischen Radikalisierung und zu einem Anstieg des internationalistischen Bewusstseins in den Gewerkschaften geführt. Allerdings hat die Arbeiterklasse bislang nur begrenzt in organisierter Form an diesen Protesten teilgenommen (wobei es von großer Bedeutung ist, dass die US-Gewerkschaften gegen die WTO-Tagung in Seattle mobilisiert haben und zum Beispiel das Gros der DemonstrantInnen in Lissabon GewerkschafterInnen waren). Darüber hinaus sind wir heute Zeuge einer Radikalisierung von Schichten kleinbürgerlicher Intellektueller und einer Reaktivierung traditioneller Linker.

Es ist gegenwärtig von entscheidender Bedeutung, dass sich unter den radikalisierten Jugendlichen ein antikapitalistisches Bewusstsein entwickelt und eine neue Offenheit für revolutionäre und sozialistische Ideen entsteht. Die Aufgabe von MarxistInnen ist es an diesen Bewegungen an vorderster Front teilzunehmen, die politisch bewussten der Jugendlichen und AktivistInnen für den revolutionären Marxismus zu gewinnen und die Bewegungen auf die Arbeiterklasse zu orientieren.

8. Deutschland hinkt dieser Entwicklung von internationalen Protesten noch hinterher. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus ging die Bourgeoisie ideologisch weltweit in die Offensive, der Kapitalismus sei das System der Zukunft. Diese Offensive hatte in Deutschland unter Jugendlichen besonders große Auswirkungen. Außerdem ist die soziale Polarisierung noch begrenzter als in anderen Ländern.

Doch auch hier sehen wir die ersten Ansätze für eine Radikalisierung der Jugend, die zur Zeit aber nur einzelne und kleine Gruppen erfasst hat. Je mehr die SAV in der Lage sein wird diese Schicht von Jugendlichen für den revolutionären Marxismus zu gewinnen, desto erfolgreicher und dynamischer werden in Zukunft breite Jugendbewegungen verlaufen können.

9. Es wird nicht zu einer geradlinig ansteigenden internationalen antikapitalistischen Bewegung kommen. Gerade aufgrund der Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung und des Marxismus ist es nicht ausgeschlossen, dass es nach der Flut von Protesten in den letzten ein, zwei Jahren auch zu einer vorübergehenden Ebbe kommen kann. Das hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Weltwirtschaft und Arbeitskämpfen ab.

## Die Weltwirtschaft

10. Als im Sommer 1997 mit der Abwertung der thailändischen Landeswährung Baht die sogenannten Tigerstaaten in Südostasien in eine tiefe Rezession gerieten, haben die Mehrheit der bürgerlichen Kommentatoren und die Mehrheit der Linken dies als eine südostasiatische Regionalkrise analysiert. Wir kamen damals zu der Einschätzung,

dass es sich um den Beginn einer weltweiten Krise der kapitalistischen Wirtschaft handelte, die sich nicht nur in der Sphäre der Finanzmärkte abspielt, sondern um eine klassische kapitalistische Krise von Überkapazitäten und Überproduktion.

11. Unsere Einschätzung, dass die Krise nicht auf Südostasien begrenzt bleiben konnte, bestätigte sich 1998 und 1999. Neben Südostasien und Japan (das sich schon ein Jahrzehnt lang in Stagnation und Rezession befindet), sind Russland und Lateinamerika ebenfalls in eine Wirtschaftskrise geraten. Zum Jahresbeginn 1999 befanden sich 40 bis 50 Prozent der Weltwirtschaft in einer Rezession. Dies führte in weiten Teilen der Bourgeoisie zu einer Debatte über die Möglichkeit einer weltweiten Rezession. Paul Krugman veröffentlichte sein Buch „Die große Rezession“, George Soros nannte sein Buch „Die Krise des globalen Kapitalismus“. In Folge dieser Ausdehnung der Rezession wurde der Keynesianismus von einer Reihe bürgerlicher Kommentatoren wiederentdeckt und nicht wenige zogen Vergleiche zur Weltwirtschaftsdepression 1929-33.

12. Die sozialen und politischen Folgen der Rezession in Südostasien, Russland und Lateinamerika sind verheerend. Allein in Südostasien schoss die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, von 30 Millionen auf 60 Millionen. Auch in Russland und Lateinamerika nehmen Arbeitslosigkeit, Armut und Verelendung zu. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer in Russland liegt mittlerweile auf dem Niveau von Indien und unter dem Niveau der Philippinen. In einigen Regionen hat die Peitsche der Rezession aber auch die Massen zum Kampf getrieben. In Indonesien wurde die älteste bürgerliche Diktatur der Welt durch eine revolutionäre Massenbewegung gestürzt. In Bolivien und Ecuador fanden Massenaufstände statt. In Venezuela wurde der populistische Präsident Chávez durch Massenproteste an die Macht gespült.

13. Welche Auswirkungen eine Rezession auf ein führendes Industrieland haben kann, zeigt das Beispiel Japan. Dort platzte die Spekulationsblase (überbewertete Aktien- und Immobilienwerte) Anfang der 90er Jahre. Die Folge waren zehn Jahre Rezession/Stagnation, ein Berg fauler Bankkredite, der bis heute nicht abgebaut ist (die Schätzungen schwanken zwischen 800 und 1.500 Milliarden Dollar), eine Vervierfachung der Arbeitslosigkeit, drastisch gestiegene Armut und fallende Reallöhne. Japan griff zu teilweise keynesianistischen Maßnahmen, mit Zinsen zwischen 0 und 0,5 Prozent, zehn Konjunkturprogrammen im Umfang von mehr als 1 Billion Dollar, die zu hohen Haushaltsdefiziten führten (die Maastricht-Kriterien würde Japan weit verfehlen), und kam dennoch bisher nicht aus dem Konjunkturtal heraus.

14. Ausgehend von unserer Analyse der weltweit angehäuften Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft, vor allem der enormen Spekulationsblase und der großen Überkapazitäten, haben SAV und CWI 1998 und 1999 die Perspektive eines relativ raschen Eintretens der Rezession in den USA und Europa aufgestellt. Sowohl der CWI-

Weltkongress im Dezember 1998 als auch die letzte SAV-Bundeskonferenz im April 1999 gingen davon aus, dass der nordamerikanische und der europäische Wirtschaftsblock noch im 20. Jahrhundert von einer Rezession getroffen würden. Dies hat sich nicht bestätigt und machte eine Untersuchung der Ursachen für das fortgesetzte Wirtschaftswachstum und den Zustand der Weltwirtschaft nötig. Die notwendige Weiterentwicklung unserer Analyse haben wir in den letzten 18 Monaten vollzogen.

15. Ende 1998 stand das Weltfinanzsystem und die Weltwirtschaft am Abgrund. Als der Spekulationsfonds Long Term Capital Management (LTCM) vor der Pleite stand und dies andere Fonds sowie Banken bedrohte, hätte das zum Börsenkrach in den USA und in Folge davon zum Zusammenbruch des Weltfinanzsystems und dem Einsetzen einer Rezession führen können. Dies war eine mögliche Entwicklung, die aufgrund des Eingreifens der US-amerikanischen Notenbank, verhindert wurde. Die expansive Politik, die die USA und andere Staaten durch Zinssenkungen daraufhin umsetzten und die Tatsache, dass die Rettung des LTCM gelang, hatten dann einen stimulierenden Effekt auf die US-Wirtschaft, gaben der Bourgeoisie neues Selbstvertrauen und heizten die Spekulationsblase weiter an. Dies ging einher mit anderen wichtigen Faktoren, wie dem drastischen Fall der Rohstoffpreise 1998 und einer Kapitalflucht aus den Krisenregionen an die US-Finanzmärkte. Diese Faktoren, die wir zum Teil nicht vorhergesehen hatten (und nicht vorhersehen konnten) bzw. zu spät erkannt haben, trugen dazu bei, dass der drastische Nachfrageausfall aus Südostasien ausgeglichen wurde. Daneben führte die massive direkte Intervention der US-Notenbank in die Wirtschaft dazu, dass die internationalen Auswirkungen des Übergreifens der Krise auf Lateinamerika geringer waren als vorher bei Südostasien und Russland. Unsere grundlegende Analyse zur Lage der Weltwirtschaft trifft jedoch nach wie vor zu. Der Aufschwung der 90er Jahre hat keine neue Wachstumsphase eingeläutet, die heutige Epoche hat nach wie vor einen eindeutig depressiven Charakter.

16. Der Schlüssel zur Lage der Weltwirtschaft liegt in den USA. Die leichte wirtschaftliche Erholung in Teilen Asiens und das Wachstum in Europa basieren in erster Linie auf, durch den starken US-Dollar, billigen Exporten in die USA und einer starken Ausweitung des dortigen privaten Konsums. Seit 1998 kamen ca. zwei Drittel des globalen Nachfrage-Zuwachses aus den USA, während die US-Wirtschaft nur die Hälfte des Bruttoinlandproduktes der G7-Länder ausmacht. Die US-Importe sind doppelt so schnell gewachsen, wie das Welt-BIP. Paul Volcker, ehemaliger Chef der US-Zentralbank, sagte zur Lage der Weltwirtschaft im Juli 1999: „Die Welt hängt heute von Amerika ab, die amerikanische Wirtschaft hängt von den Konsumenten ab, die amerikanischen Konsumenten hängen von Wall Street ab, und Wall Street hängt von 50 Gesellschaften ab, von denen die Hälfte noch nie Gewinne erwirtschaftet haben.“ Diese Situation besteht nach wie vor.

17. Bürgerliche Ökonomen sprechen davon, dass eine Rezession im Gefolge der 97er Krise in Südostasien verhindert werden konnte. Andere meinen, es habe eine „weiche Landung“ gegeben und ein neuer Wachstumszyklus habe eingesetzt und manche Linke diskutieren gar die Möglichkeit einer neuen „langen Welle“ kapitalistischer Expansion. All das ist Wunschdenken bzw. Ausdruck politischer Verwirrung. Die Widersprüche der Weltwirtschaft wurden nicht gelöst. Es hat keine „weiche Landung“ gegeben, sondern eine Verlängerung des weltweiten Wachstumszyklus der 90er Jahre, eine Verzögerung des Eintretens der Rezession in den USA und Europa. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schreibt in einem Bericht vom März 2000, dass die Überkapazitäten weltweit noch zugenommen haben. Der fortgesetzte Aufschwung hat die Widersprüche in der Weltwirtschaft verschärft und bereitet eine tiefere Krise vor.

18. Die Idee, dass dieses Wachstum seine Ursache in dem Einsatz neuer Technologien und im Prozess der Globalisierung hat und daher einen dauerhaften Charakter annehmen würde ist falsch. Neue Technologien sind in den letzten Jahren in allen Wirtschaftsbereichen eingeführt worden. Dies hat im Produktionssektor nicht zu einer entscheidenden Steigerung der Produktivität geführt, sondern lediglich im Finanz- und Informationsbereich. Auch wenn dies ein wachsender Wirtschaftszweig ist, so spielt er immer noch eine untergeordnete Rolle, was die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft angeht. Charles Jonscher weist darauf hin, dass 80 Prozent des BIP in den USA einen stofflichen und nicht einen Informationscharakter hat. Die Treibstoffblockaden und ihre massiven wirtschaftlichen Auswirkungen in Ländern wie Britannien und Frankreich haben erneut die Bedeutung der materiellen Produktion für die gesamte Wirtschaft deutlich gemacht. Die Financial Times zitiert den US-Ökonomen Robert Gordon, der den Standpunkt vertritt, dass außergewöhnliche Produktivitätssteigerungen auf den High-Tech-Sektor selber begrenzt geblieben sind und damit 90 Prozent der Wirtschaft keine nennenswerten Verbesserungen zu verzeichnen haben. Der Aufschwung der 90er Jahre basiert nicht in erster Linie auf Produktivitätssteigerungen durch Einsatz von neuen Technologien und technischer Rationalisierung (Erhöhung des relativen Mehrwerts), sondern vor allem auf der Intensivierung der Arbeit (Erhöhung des absoluten Mehrwerts) durch Maßnahmen wie Flexibilisierung der Arbeitszeit und Überstunden, Abbau von Sozial- und Schutzrechten, Stagnation und Senkung der Reallohne.

19. Vor allen Dingen ist die Spekulationsblase an den internationalen Aktienmärkten weiter gewachsen. Das geht einher mit einem Rekordniveau der privaten Verschuldung in den USA. Die Sparquote war in der ersten Hälfte des Jahres 1999 zum ersten Mal seit den 30er Jahren negativ und die Gesamtverschuldung des privaten Sektors beträgt 130 Prozent des Sozialprodukts (während es vor der großen Rezession von 1929 „nur“ 100 Prozent waren). Eine hohe Verschuldung bedeutet weniger Spielraum,

wenn es zu einem wirtschaftlichen Abschwung kommt und führt zu einer tieferen Rezession.

Die Aufblähung der Finanzmärkte bedeutet vor allem, dass der Sturz umso tiefer sein kann. Der Anstieg der Aktienkurse repräsentiert die Hoffnung auf in Zukunft zu erzielende Gewinne eines Unternehmens. Die Überbewertung der Aktien auf den internationalen Finanzmärkten kann unmöglich durch reale Profite in der Zukunft gerechtfertigt werden. Die Aktienbewertung im Verhältnis zu den Profiten liegt heute höher als vor der großen Depression 1929-33. Überbewertungen dieser Größenordnung können nicht ewig halten - früher oder später wird die Spekulationsblase platzen.

20. Weitere Faktoren, die die Weltwirtschaft belasten sind das hohe Handelsbilanzdefizit der USA und der deutlich steigende Ölpreis.

Nach der Südostasienkrise waren die niedrigen Ölpreise ein Faktor für die Verlängerung des Aufschwungs in den USA und Europa. Die Gründe waren vor allem der Nachfragerückgang in Folge der Rezession/Depression in Südostasien und Japan, die Wiederaufnahme der Ölexporte durch den Irak (Programm „Lebensmittel für Öl“) und die Ausweitung der Exporte durch Venezuela.

Jetzt können die gestiegenen Ölpreise zu einem Auslöser für den Abschwung der Weltkonjunktur werden. Die Ölpreisteigerung hat verschiedene Gründe. Zum einen haben die OPEC-Staaten versucht, durch Drosselung der Förderung die Verluste aus der Niedrigpreisphase zumindest teilweise auszugleichen. Zum anderen haben die Ölkonzerne wegen der niedrigen Preise und geringeren Profite in den letzten Jahren wenig investiert, keine neuen Ölreserven erschlossen und die Raffinerie- und Exportkapazitäten nicht erweitert. Der wichtigste Faktor ist jedoch die Verstärkung solcher Trends durch die Ölpreisspekulation der Finanzmärkte, die auf Grundlage erwarteter Preisentwicklungen (Futures) und Streuung von Preisrisiken (Derivate) abgewickelt werden.

Die kommende Rezession wird jedoch keine „Ölkrise“ sein, ein Etikett, das die Bürgerlichen auch der ersten weltweiten Nachkriegsrezession von 1974/75 anhängen wollten. Die Ölpreise sind nur rund 50 Prozent höher als im Durchschnitt der 90er Jahre. Dennoch kann dies vor dem Hintergrund verschärfter internationaler Konkurrenz und relativ geringer Wachstumsraten laut Weltbank bis zu 1 Prozent Wirtschaftswachstum kosten.

21. Der Kurssturz beim NASDAQ im Frühjahr 2000 war ein Wetterleuchten der kommenden Rezession. Auch wenn er zum Teil wieder aufgeholt wurde, hat er die Euphorie in die New Economy nachhaltig beschädigt. Der Economist drückte die veränderte Stimmung so aus: „*Alles hat sich Mitte April mit einem plötzlichen Fall der Aktienpreise an Amerikas NASDAQ geändert. Obwohl viele Kurse sich wieder erholt haben, hat die fortgesetzte Schwäche der Märkte und die Verschiebung von einigen groß angekündigten Neuemissionen die Kapitalgeber nüchtern werden lassen.*“

Der Crash an den Weltfinanzmärkten muss nicht durch einen einmaligen Schock vollzogen werden, sondern kann sich auch über eine Reihe von Aktienabwertungen entwickeln.

22. Alles deutet auf ein baldiges Abkühlen der US-Konjunktur hin. Damit rechnen nun auch alle ernsthaften bürgerlichen Ökonomen. Es bleibt jedoch unmöglich vorherzusagen, wann die USA von der Rezession ergriffen werden und in welchem Tempo diese auf Europa und Deutschland übergreifen wird. Ein Börsenkrach, der eine Rezession nach sich ziehen würde, ist jederzeit möglich. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass die Weltwirtschaft noch eine Zeit lang wächst. Sicher ist, dass die Rezession kommen wird und dass sie große soziale und politische Auswirkungen haben wird.

23. Wir haben in den letzten Jahren immer darauf hingewiesen, dass sich auch vor dem Eintreten der Rezession Klassenkämpfe und Proteste entwickeln können und es Möglichkeiten für den Aufbau einer sozialistischen Partei gibt. Wir haben auch gesehen, wie der fortgesetzte Aufschwung in einigen Ländern das Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse erhöht hat und zu Offensivkämpfen für Lohnerhöhungen geführt hat. Deshalb gibt es keinen Grund „auf die Krise zu warten“.

24. Die kommende Rezession wird aber einen weiteren Wendepunkt für die weltweiten Entwicklungen bedeuten. Sie wird Massenarbeitslosigkeit, Bankrotte und Staatsverschuldung auf eine neue Spitze treiben. Noch bedeutender werden aber die ideologischen Auswirkungen sein. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus und ihrer Propagandaoffensive ist es der Bourgeoisie gelungen, die Rezession Anfang der 90er Jahre politisch zu überdecken. Bei der nächsten Rezession wird das ganze kapitalistische System und seine Parteien und Ideologen in eine tiefe Legitimitätskrise geraten. Sie wird die Stimmungen gegen Neoliberalismus und Globalisierung verstärken und ein antikapitalistisches Bewusstsein bei einer breiteren Schicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen hervorrufen. Sie wird zu einer neuen Diskussion über die Ideen des Marxismus und Sozialismus an den Hochschulen, in den Gewerkschaften, in sozialen Bewegungen führen.

Wie in den Rezessionen zuvor wird die Bourgeoisie versuchen, die Ursachen der Krise nicht als systembedingt erscheinen zu lassen und in ihrer Propaganda abzulenken. Bei einem hohen oder weiter steigenden Ölpreis werden sie die kapitalistische Krise erneut als Ölkrise verkaufen.

25. Damit wird die kommende Rezession auch eine Krise der bürgerlichen Ideologie und bürgerlicher Wirtschaftspolitik bedeuten. Eine Vorwegnahme dieser Entwicklung war schon in den Debatten innerhalb der Bourgeoisie 1998/99 zu sehen. Die neuerli-

che Euphorie der Bürgerlichen in den letzten 18 Monaten und die scheinbare Konsolidierung der neoliberalen Doktrin wird von vorübergehendem Charakter sein. Unsere Aussage von der Bundeskonferenzresolution 1999 wird sich im Zuge der Krise bestätigen: „Ein Teil der Strategen des Kapitals setzt auf niedrige Zinssätze, Staatsinterventionen und Mini-Keynesianismus. Damit ist die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus und die Annahme, die „Globalisierung“ führe zu anhaltender Prosperität, erschüttert. Im Zuge der Weltrezession wird der Prozess der Globalisierung gebremst werden und sich in neue protektionistische Maßnahmen umkehren.“

## Deutsche Wirtschaft

26. Nach 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum 1999 ist dieses im ersten Halbjahr 2000 auf 3,3 Prozent angestiegen. Damit wurde das stärkste Wachstum in den 90er Jahren erreicht. Das Wirtschaftswachstum in der BRD basiert vor allem auf einer weiteren Steigerung der Exporte. Seit Jahren liegt der Wert der deutschen Ausfuhren an zweiter Stelle hinter den USA und wird im Jahr 2000 voraussichtlich erstmals die Billion-Mark überschreiten. Die Exporte je Beschäftigten lagen 1998 bei über 28.000 Mark. Das ist der höchste Wert unter den Industrienationen. Seit 1997 ist der deutsche Anteil am Welthandel von 9,3 auf 10 Prozent gestiegen. 35 Prozent der Exporte gehen in Länder außerhalb des Euro-Raums. Die steigende Konkurrenzfähigkeit der BRD hat ihre Ursachen in Produktivitätssteigerungen, sinkenden Lohnstückkosten und der Schwäche des Euro. Da ein Drittel der deutschen Wirtschaft vom Export abhängig ist, wird ein Abschwung in den USA bzw. eine weltweite Rezession entsprechend große Auswirkungen auf die BRD-Wirtschaft haben.

27. In der Autoindustrie gilt die Exportabhängigkeit in besonderem Maße. Den seit Jahren boomenden US-Markt nutzten die deutschen Hersteller dazu, ihre Marktanteile in den USA deutlich auszubauen. Während der Absatz in Deutschland rückläufig ist, sorgte der Export für weiteres Wachstum der Branche.

Die Kluft zwischen Weltkapazität und Weltnachfrage war noch nie so groß wie heute. Bereits 1997 lagen die Kapazitäten bei Pkws und leichten Nutzfahrzeugen bei 71 Millionen. Es wurden aber nur 49 Millionen produziert. Durch die seither getätigten Investitionen in neue Fertigungsstätten werden im Jahr 2001 Kapazitäten von 75 Millionen Einheiten erreicht. Die Überkapazitäten in der Autoindustrie haben bereits zur Folge, dass es zu einem verschärften Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen kommt. Dieser nimmt vorerst die Form eines Preiskampfes an. „Die ungeschminkte Realität ist, dass letztendlich zehn europäische Pkw-Werke dichtmachen müssen“ (Greg Melich, Analyst der US-Investmentbank Morgan Stanley Dean Witter).

28. Vor dem Hintergrund von stärkerem Wirtschaftswachstum ist der Rückgang der

Arbeitslosigkeit schwach und vor allem auf Westdeutschland beschränkt (bei offiziell 3,5 bis 4 Millionen Arbeitslosen ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten zwölf Monaten nur um ungefähr 250.000 zurückgegangen).

In Ostdeutschland gibt es weiterhin keinen sich selbst tragenden Aufschwung (dort sind heute sogar offiziell 5.000 mehr ohne Arbeit als noch vor einem halben Jahr).

Die nächste Wirtschaftskrise wird daher besonders starke Auswirkungen auf Ostdeutschland haben und die Entfremdung der Arbeiterklasse von den bestehenden Institutionen verstärken.

## Der Euro

29. Die Europäische Währungsunion ist das zentrale Projekt der Herrschenden in Europa. In unseren Konferenzdokumenten von 1997 und 1999 haben wir das Schicksal des Euro vor allem an die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa geknüpft. In der Resolution von 1999 schreiben wir, dass „mit dem Eintreffen der Wirtschaftskrise in Europa die vollständige Einführung des Euro nicht möglich sein wird.“ Der Weltkongress des CWI vom Dezember 1998 hielt die vollständige Einführung des Euro vor dem Hintergrund der Perspektive einer Wirtschaftsrezession für äußerst unwahrscheinlich.

30. Die dauerhafte Einführung einer gemeinsamen Währung verschiedener kapitalistischer Staaten, vor allem verschiedener miteinander konkurrierender größerer Volkswirtschaften (wie Deutschland, Frankreich, Italien) in der derzeitigen langgezogenen Niedergangsperiode des Kapitalismus kann nicht funktionieren. Eine dazu notwendige einheitliche Wirtschafts- Sozial- und Finanzpolitik steht im Widerspruch zur Fortexistenz von Nationalstaaten. Auf die Fortexistenz von Nationalstaaten können und wollen die nationalen Kapitalistenklassen jedoch nicht verzichten. Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in verschiedenen Staaten, die durch die Einführung des Euro verstärkt würde, muss in einen Widerspruch mit einer einheitlichen Finanzpolitik geraten. Zum Beispiel macht die irische Volkswirtschaft zur Zeit eine deutlich andere Entwicklung als die restlichen Länder der Euro-Zone durch. Das Wachstum liegt bei neun Prozent und die Inflation bei 5,9 Prozent. Dies würde eigentlich eine andere Finanzpolitik als in anderen Staaten nötig machen. Wenn es einen ähnlichen Unterschied zwischen größeren Volkswirtschaften geben würde, würde das die EWU wahrscheinlich zum Scheitern bringen.

31. Der Startschuss für die EWU konnte am 1.1.1999 gegeben werden, weil die Euro-Zone noch nicht von einer Rezession getroffen war. Der Euro entpuppt sich seitdem, wie in unserem 97er Dokument vorausgesehen, als eine Weichwährung. Er hat seit seiner Einführung fast 25 Prozent seines Außenwertes gegenüber dem US-Dollar ver-

loren.

32. 1997 haben wir geschrieben, dass die Abschaffung der nationalen Landeswährungen am 1.1.2002 nur eine technische Angelegenheit wäre, sollten die festen Wechselkurse durchgehalten werden. Trotz Euro-Schwäche und, zumindest in Italien, offenen Diskussionen über das Für und Wider des Euro, ist es den Kapitalisten in Europa bisher gelungen, am Euro-Fahrplan festzuhalten.

33. Hält das Wirtschaftswachstum bis in die zweite Hälfte des Jahres 2001, ist es möglich, dass der Euro eingeführt wird. Die europäischen Kapitalisten könnten auch noch an diesem Projekt festhalten, wenn sich die ökonomische Lage zwar zu verschlechtern beginnt, eine Rezession aber noch nicht voll gegriffen hat. Ökonomie ist politische Ökonomie und es gibt ein Wechselverhältnis zwischen den ökonomischen Gesetzen und Prozessen, die die Grundlage bilden, und politischen Interessen und Entscheidungen der herrschenden Klasse. Die Abschaffung der nationalen Währungen und vollständige Einführung des Euro ist erklärtes politisches Ziel der europäischen Kapitalistenklassen und das politische Schicksal einer Reihe von führenden Repräsentanten der Bourgeoisie ist damit verknüpft. Wenn eine Wirtschaftskrise die Durchführung des Projekts noch nicht unmöglich macht, könnten die Kapitalisten versuchen die Flucht nach vorne anzutreten, in der Hoffnung eine Wirtschaftskrise könnte schnell überwunden werden.

34. Je nach ökonomischer Entwicklung ist es möglich, dass einzelne Länder, zum Beispiel Italien oder Frankreich das Handtuch werfen und aus der Europäischen Währungsunion aussteigen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass Deutschland zum Beispiel zusammen mit den Ländern der so genannten DM-Zone einen „kleinen Euro“ einführen oder einen festen Währungsverbund bilden könnte.

35. Ob der Euro kommt, hängt nicht zuletzt vom Verlauf der Klassenkämpfe in Europa ab. Nach einer Umfrage im September sind zum Beispiel 63 Prozent der Deutschen gegen die Einführung des Euro. Proteste der Arbeiterklasse können sich auch gegen den Euro richten und seine Einführung vereiteln.

Die 53,1 Prozent Nein-Stimmen gegen den Euro in Dänemark sind eine eindeutige Niederlage für die dänische Bourgeoisie, die regierende Sozialdemokratie und die Euro-Kraten. Trotz großer Panikmache, immenser Propaganda für den Euro und trotz des Aufrufs der Gewerkschaftsführung mit Ja zu stimmen, gab es bei diesem ersten Referendum über den Euro in einem EU-Land eine Mehrheit dagegen. Die Nein-Stimmen kamen vor allem aus der Arbeiterklasse, die damit ihre Ablehnung gegenüber Privatisierung, Liberalisierung und Abbau von Sozialleistungen zum Ausdruck brachte. Sollte es zur Einführung des Euro als alleinigem Zahlungsmittel kommen, würde das

zu einer enormen Destabilisierung in Europa führen und die soziale Ungleichheit sowohl zwischen den Regionen als auch zwischen den Klassen verschärfen. Auf der politischen Ebene können nationalistische und chauvinistische Kräfte gestärkt werden, aber auch eine weitere Internationalisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse wäre eine Folge.

36. Die Treibstoffkrise und die verschiedenen Reaktionen der europäischen Regierungen (zum Beispiel das schnelle Nachgeben Frankreichs, von der die französische Regierung von den anderen EU-Ländern gerüffelt wurde), zeigt, dass verschiedene EU-Regierungen je nach dem Kräfteverhältnis der Klassen und den Klassenkampftraditionen verschieden reagieren. Das wird sich bei den Konflikten im Zusammenhang mit der nächsten Wirtschaftskrise in potenziert Form wiederholen. Das ist einer der Gründe, warum eine gemeinsame Währung führender kapitalistischer Länder Europas nicht dauerhaft möglich ist.

37. Der Euro kann kommen, aber er kann nicht dauerhaft bestehen bleiben. Eine tiefe Wirtschaftskrise würde die Europäische Währungsunion auch nach dem 1.1.2002 zum Scheitern verurteilen und eine dramatische soziale und politische Krise auslösen.

### *Halbzeitbilanz von Rot-grün*

38. Die Schröder/Fischer-Regierung hat es nach nur zwei Jahren geschafft alle Bedenken der Kapitalisten aus dem Weg zu räumen. Hatte das Kapital noch vor den Bundestagswahlen 1998 auf eine Fortsetzung der CDU/CSU/FDP-Koalition gesetzt, sieht es heute in der Sozialdemokratie seine erfolgreichste politische Vertretung und hat spätestens seit dem Balkan-Krieg auch die Vorteile der Regierungsbeteiligung der Grünen erkannt. Nach einer Emnid-Umfrage sagen 87 Prozent der Unternehmer, dass die Politik der Regierung den Großunternehmen nützt.

39. SPD und Grüne setzen eine Politik im Sinne der Bourgeoisie um, die selbst unter Kohl nicht so weitgehend umgesetzt wurde. Die erste Kriegsbeteiligung der Bundeswehr, das größte Sparpaket, erhöhtes Tempo bei den Privatisierungen, Steuerreform, Rentenreform - Schröder hat Kohl in Sachen Neoliberalismus überholt. Dies gilt, auch wenn die Regierung versucht durch das Sprechen über soziale Gerechtigkeit und einige begrenzte Maßnahmen, wie die Erhöhung des Kindergeldes, ein anderes Image zu bekommen.

40. Staatliche Interventionen wie die zur Abwendung des Bankrotts des Holzmann-Konzerns bleiben Ausnahmen und stehen, trotz der öffentlichen Kritik von Teilen der Bourgeoisie, gar nicht im Interessenwiderspruch zum Kapital. Der Staat handelte hier

wie in anderen Fällen als ideeller Gesamtkapitalist und hatte in erster Linie politische Motive, nämlich die Vermeidung größerer Proteste der betroffenen ArbeiterInnen und sozialer Verwerfungen.

41. Unter der neuen Regierung meldet Deutschland auch verstärkt seinen Anspruch an internationale eine führende politische und auch militärische Rolle zu spielen. Die Beteiligung am Balkanfeldzug der NATO und der von Schröder beim UN-Millenniumsgipfel geäußerte Anspruch, einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu bekommen, drücken diese Zielsetzung aus. Mit der Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen soll ein symbolischer Schlussstrich unter die Nachkriegsgeschichte gezogen werden und der Weg frei gemacht werden für die neue imperialistische Rolle Deutschlands.

42. Kaum eine Regierung ist so schnell nach ihrer Wahl in eine tiefe Krise geraten und kaum eine Regierung hatte zur Hälfte ihrer Amtszeit so hohe Sympathiewerte in Meinungsumfragen. Diese starken Veränderungen bei Meinungsumfragen und Landtagswahlen in so kurzem Zeitraum sind Ausdruck der tieferliegenden politischen Instabilität und der Entfremdung weiter Teile der Arbeiterklasse und der Jugend von den traditionellen Parteien. Während die Krise der SPD und Grünen aufgrund der enttäuschten Hoffnungen der WählerInnen 1998 die tieferliegende Krise der CDU verschleierte, verschleiert seit Ende 1999 der CDU-Spendenskandal über weite Strecken die Kritik an der Fortsetzung des neoliberalen Kurses durch Schröder und Fischer.

43. Wie der Economist im Sommer 2000 schrieb hat Schröder großes Glück gehabt. Der CDU-Spendenskandal und das Wirtschaftswachstum haben ihm einen größeren politischen Spielraum verschafft. Das Wirtschaftswachstum 2000 und der Erlös des Verkaufes der UMTS-Lizenzen, der alle bisherigen Privatisierungseinnahmen übersteigt, haben die Haushaltssituation der Bundesregierung etwas entspannt. Der SPIEGEL spricht von einer Entlastung des Bundeshaushalts von 13 Milliarden DM aufgrund von höheren Steuerreinnahmen und niedrigeren Ausgaben für die Bundesanstalt für Arbeit. So musste 2000 kein neuerliches drastisches Sparpaket aufgelegt werden und konnten sogar Gelder für die Erhöhung des Kindergeldes, des BAFÖGs und für Investitionen im Verkehrswesen freigelegt werden.

44. Trotzdem besteht nach wie vor, was die Bürgerlichen einen „Reformstau“ nennen. Aus Sicht des Kapitals hinkt Deutschland in Sachen Abbau von Arbeitnehmerrechten im internationalen Vergleich weiter hinterher. Der Economist hat eine ganze Wunschliste des Kapitals veröffentlicht: „*Natürlich muss noch viel getan werden. Lohnnebenkosten, die 40 Prozent der Kosten für einen Beschäftigten ausmachen, sind nach wie vor viel zu hoch und es ist immer noch zu schwierig für Firmen zu heuern und zu*

feuern. Die Grundlöhne, die von den Arbeitgebern und Gewerkschaften für jede Branche festgelegt werden (Deutschland hat keinen gesetzlichen Mindestlohn) müssen gesenkt werden, damit ungelernete Arbeitskräfte leichter einen Job finden können. Verschiedene Formen der Bezahlung (Aktienbeteiligungen, Gewinnbeteiligungen usw.) und flexiblere Arbeitszeiten müssen in Betracht gezogen werden. Deutschlands anti-quierte Ladenöffnungszeiten (...) müssen gelockert werden.“

An diese „Aufgaben“ wird sich die Schröder/Fischer-Regierung in den nächsten zwei Jahren machen.

45. Das neue Rentengesetz ist materiell und ideologisch der härteste Angriff auf das Sozialsystem in der Nachkriegszeit. Johannes Steffen, Referent für Sozialpolitik bei der Arbeiterkammer Bremen schrieb dazu: „Die Dimension des geplanten Angriffes auf den Kernbereich der Sozialstaatsverfassung, den die soziale Rentenversicherung nun einmal darstellt, findet in den letzten zwei Jahrzehnten jedenfalls keinen Vergleich“ Betroffen sind alle Teile der Arbeiterklasse. Die Pläne der Bundesregierung bedeuten keine Reform des Rentensystems, sondern eine Zerschlagung desselben.

46. Die SPD ist von einer Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung zu einer rein bürgerlichen Partei geworden. Das gilt, auch wenn es stärkere Verbindungen der SPD zur Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung gibt, als von CDU oder anderen Parteien. 1999 wurde die SPD vor allem von ihrer traditionellen Wählerbasis abgestraft, was eine qualitative Lockerung des Verhältnisses von Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie ausdrückt. Das wird von zwei Umfragen bestätigt, die im Spätsommer getätigt wurden. Infratest dimap kommt zu der Schlussfolgerung, dass „die klassische SPD-Klientel - Arbeiter, niedrige Einkommenschichten - mit der Politik der Regierung Schröder mehrheitlich unzufrieden ist.“ Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Emnid sagt: „Die SPD sitzt auf einem Pulverfass (...) Die SPD ist im Bewusstsein der Leute nicht mehr vorrangig die Partei der sozialen Gerechtigkeit. (...) Die Umfrage belegt, dass die SPD bei ihrer ureigenen Klientel, den Arbeitnehmern und sozial Schwachen, an Reputation verloren hat. Diese Entwicklung kann bei kommenden Gesetzesvorhaben, die mit sozialen Einschnitten verbunden sind, eskalieren.“ Und: „Die SPD hat sich den Ruf einer Partei des Großkapitals erworben.“ Im ersten halben Jahr nach dem Lafontaine-Rücktritt traten 30.000 Mitglieder aus der SPD aus. Die sogenannte Parteilinke hat geradezu jeglichen Widerstand gegen den neoliberalen Kurs Schröders aufgegeben. Ihre Haltung lässt sich in der Einschätzung zusammenfassen, die Andrea Nahles von Gerhard Schröder hat. Beim SPD-Parteitag Ende 1999 sagte sie, es ginge um einen 100-Meter-Lauf und Schröder habe erst 50 Meter zurückgelegt - sie meinte aber sehr wohl in die richtige Richtung.

47. Die Grünen haben sich in ihrem Anpassungskurs an die Interessen des Kapitals

überschlagen. Mit der Zustimmung zum NATO-Angriff auf Rest-Jugoslawien, dem Atomkompromiss, dem Einknicken bei der Gestaltung der doppelten Staatsbürgerschaft, haben sie viele ihrer bis dato wichtigsten Grundsätze über Bord geworfen. Dadurch haben sie einen Teil ihrer traditionellen Wählerbasis unwiderruflich verloren. Bisher haben die Grünen es nicht geschafft, die FDP zu beerben und ihre Rolle als ökologisch-gefärbte wirtschaftsliberale Partei einzunehmen. Damit ist das Überleben der Grünen grundsätzlich gefährdet und sie könnten zu einem Opfer von parteipolitischen Neuformierungsprozessen im Zuge der kommenden Wirtschaftskrise werden.

### Der CDU-Spendenskandal und seine Folgen

48. Der CDU-Spendenskandal hat einmal mehr ans Tageslicht gebracht, dass Korruption ein täglicher Bestandteil des kapitalistischen Systems ist. Seine Aufdeckung ist auch Indiz dafür, dass die Kapitalistenklasse in der SPD/Grünen-Koalition zur Zeit die besseren Sachverwalter für ihre Interessen sehen und den Filz, den 16 Jahre Kohl-Regierung hinterlassen haben, „aufgeräumt“ sehen wollen. (siehe zum CDU-Spendenskandal die SAV-Stellungnahme „Kapitalismus bedeutet Korruption“)

49. Nachdem 1998 die Ära Kohl beendet wurde, ist nun auch das Denkmal Kohl gestürzt worden. Die CDU kommt, trotz neuer Parteiführung, nicht aus der Krise. Der Spendenskandal holt sie immer wieder ein, da fast täglich neue Enthüllungen ans Tageslicht kommen. Der Skandal hat aber auch die Einheit der Partei und das Verhältnis zur CSU beschädigt, was nirgendwo deutlicher wurde als bei dem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten Union-geführter Länder bei der Bundesratssitzung zur Steuerreform.

50. Aufgrund des fortgesetzten Wirtschaftswachstums und des niedrigen Niveaus von Klassenkämpfen hat der Spendenskandal oberflächlich eher zu einer Stabilisierung der Bundesregierung und der FDP geführt, als zu einer offenen Krise aller bürgerlichen Institutionen. Kurzfristig kann diese Situation der SPD mehr Spielraum geben, da die FDP zu einer zweiten Option für eine Koalition geworden sind. Dies ist jedoch ein vorübergehendes Phänomen. Der Spendenskandal hat den Boden bereitet für eine Neuformierung des bürgerlichen Parteienlagers. Diese wird aber wahrscheinlich erst im Zuge von wirtschaftlicher Krise und verstärkten Klassenkämpfen stattfinden.

51. „Es ist auf Dauer eine zu schmale politische Basis, nur durch die ehemaligen Arbeiterparteien regieren zu können. Die Neuformationen vorherzusagen, ist ziemlich spekulativ. Aber es ist unwahrscheinlich, dass die Rekonstruktion großer bürgerlicher Parteien mit einer gewissen Basis in rückständigen Teilen der Arbeiterklasse noch

einmal gelingen kann, da deren Existenz mit der „Sozialpartnerschaft“ des Nachkriegsaufschwungs verknüpft ist, die es nicht mehr geben kann und diese auch zuviel Rücksicht auf ihre Basis nehmen müssten.

Der Aufstieg einer deutschen Haider-Partei ist eine mögliche Perspektive, wenn sich denn ein „deutscher Haider“ findet. Es ist auch möglich, dass es zu einem Bruch von CDU und CSU kommt und Stoiber zur Gallionsfigur einer bundesweiten nationalistischen Partei wird. Im Zuge einer Rezession und Krise der Europäischen Währungsunion könnte sich eine solche nationalistische Partei unter anderem gegen den Euro wenden. „Auch eine Aufspaltung der bürgerlichen Kräfte auf mehrere Parteien ist möglich, über das ganze Spektrum von rechtsaußen bis liberal, zum Abgrasen möglichst unterschiedlicher Wählerschichten.“ (Zitate aus: „Kapitalismus bedeutet Korruption“)

## Rassismus und Faschismus

52. Die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft hat sich unter anderem in einer Zunahme rassistischer und faschistischer Gewalttaten ausgedrückt. Die faschistischen Organisationen haben nach einer Phase der Umstrukturierung 1998 eine neue Strategie eingeschlagen und bewusst entschieden, die Straße zu erobern. In letzter Zeit vergeht kaum ein Wochenende ohne einen NPD-Aufmarsch. Acht faschistische Morde in zwei Sommermonaten und vor allem der Bombenanschlag auf eine S-Bahn-Station in Düsseldorf hat die Herrschenden aufgeschreckt und zu einer heuchlerischen staatlichen „Antifaschismus“-Kampagne geführt. Darin wird das ambivalente Verhältnis deutlich, das die Herrschenden zu den Faschisten haben. Anfang der 90er Jahre nutzten sie die Nazi-Banden als „nützliche Idioten“ zur Einschüchterung von ImmigrantInnen und AntifaschistInnen und zur Verschiebung des gesamtgesellschaftlichen Klimas nach Rechts. Damals ernteten die Herrschenden jedoch auch eine antifaschistische Massenbewegung. Heute gehen dem Kapital die Aktionen der Faschisten erstens zu weit und es hat erkannt, dass die Faschisten unkontrollierbar sind. Wenn Anschläge wie der Bombenanschlag von Düsseldorf Schule machen, würde das große Auswirkungen auf die Stimmung der Masse der Bevölkerung haben und eine breite gesellschaftliche Instabilität hervorrufen. Zweitens hat der Terror der Faschisten direkte ökonomische Auswirkungen. Die Anwerbung ausländischer IT-Spezialisten wird erschwert. Wenn Außenminister Fischer davon spricht, dass die Darstellung Deutschlands im Ausland verheerenden Schaden nimmt, drückt er damit nur aus, dass der Nazi-Terror zu einem negativen Standort-Faktor im internationalen Konkurrenzkampf geworden ist. Drittens will die Bundesregierung durch ihre Propaganda und Scheinmaßnahmen gegen die Faschisten einer unabhängigen, linken, antifaschistischen Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen.

53. Aus den genannten Gründen versucht der bürgerliche Staat tatsächlich die Faschisten in ihre Schranken zu weisen. Ein Verbot der NPD und möglicherweise auch anderer neofaschistischer Organisationen ist daher wahrscheinlich. Ein solches Verbot wäre für die NPD und die faschistische Bewegung insgesamt eine zeitweilige Behinderung, die aber überwunden würde, wie die Verbote von FAP, Wiking-Jugend und anderen Gruppen Mitte der 90er Jahre überwunden wurden. Solange es keinen Aufschwung im Klassenkampf und die Entstehung eines starken linken Gegenpols in Form einer Arbeiterpartei gibt, die den Kampf gegen die sozialen und politischen Ursachen des wachsenden Neofaschismus führt, können die Nazis nicht qualitativ zurückgedrängt werden.

54. Der „staatlich verordnete Antifaschismus“ der Schröder/Fischer-Regierung bedeutet keine Änderung der Politik gegenüber ImmigrantInnen. Das Kapital hat die Notwendigkeit einer begrenzten, nach den wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten, Einwanderung erkannt und mit der Einführung der Green Card für IT-Spezialisten einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht. Das mindert den staatlichen Rassismus jedoch nicht. Parallel zu Green Card und Toleranz-Bekundungen werden Pläne diskutiert, das Asylrecht gänzlich abzuschaffen, laufen Abschiebungen und bleiben die diskriminierenden Ausländergesetze bestehen. Auch die geplante Aufhebung des Arbeitsverbots für AsylbewerberInnen hat keine humanistische Motivation, sondern soll dem Kapital billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen.

Bei Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend gibt es ein großes Misstrauen gegenüber den „antifaschistischen“ Bekundungen des bürgerlichen Establishments. Dies kann für uns für antifaschistische Mobilisierungen und den Aufbau der SAV genutzt werden. Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass der „moralische Antifaschismus“ mancher linker Gruppen, der die soziale Frage ausklammern will, ebenfalls zum Scheitern verurteilt ist.

55. In einem großen Teil der Bevölkerung, und auch der Arbeiterklasse, sind ausländischerfeindliche und rassistische Vorurteile verbreitet. Umfragen, nach denen ca. die Hälfte die Ansicht teilt, dass es zu viele AusländerInnen in Deutschland gibt, weisen auf diese Tatsache hin. Ursache für eine solche Stimmung ist die massive Propaganda der etablierten Parteien („Kinder statt Inder“, „Das Boot ist voll“) und Aussagen von GewerkschaftsführerInnen, die betont haben, dass ein weiterer Zuzug von ImmigrantInnen dem Arbeitsmarkt nicht zuzumuten seien. Ursache ist auch die Untätigkeit der Gewerkschaften und das Fehlen einer Arbeiterpartei. Das gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo Gewerkschaften und PDS sich als unfähig erwiesen haben, Jugendlichen eine linke Kampfperspektive aufzuzeigen. Die Zunahme von Klassenkämpfen beinhaltet die Möglichkeit die Faschisten und rassistische Vorurteile zurückzudrängen. Viele ArbeiterInnen werden auf Grundlage der Erfahrung des gemeinsa-

men Kampfes mit nicht-deutschen KollegInnen ihre Vorurteile ablegen. Eine andere Schicht von arbeitslosen Jugendlichen bzw. Jugendlichen und ArbeiterInnen, die nicht an Kämpfen teilnehmen oder Niederlagen erfahren, können sich aber weiter nach rechts orientieren. Ein weiteres Wachstum rechtspopulistischer und neofaschistischer Kräfte ist vor allem so lange wahrscheinlich, bis sich noch kein starker Gegenpol auf der Linken gebildet hat.

## PDS

56. Nach ihrem Wahlerfolg bei den Bundestagswahlen 1998 und den Europawahlen 1999 hat sich die Rechtsentwicklung innerhalb der PDS beschleunigt. Das macht sich fest an der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern, fortgesetzter Teilnahme an Privatisierungs- und Sozialabbaumaßnahmen in ostdeutschen Kommunen oder auch der Entscheidung des PDS-Parteitag ein neues Parteiprogramm zu verfassen. Gysi trifft sich regelmäßig mit Kohl und will den „kalten Krieg“ mit der CDU beenden, Holter bekennt sich zur Marktwirtschaft und beruft Norbert Blüm in eine Regierungskommission - die PDS-Führung will sich fit machen für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene nach 2002.

57. Die Westausdehnung der PDS ist gescheitert. Sie hat gerade mal 3.500 Mitglieder und, begünstigt durch die Abschaffung der 5-Prozent-Hürde in Nordrhein-Westfalen, 87 Stadträte. Die Gründe für die Schwäche der PDS im Westen sind komplex: für einen großen Teil der Arbeiterklasse kommt eine Unterstützung der PDS aufgrund der stalinistischen Vergangenheit nicht in Frage. Dies wird dadurch verstärkt, dass die PDS keine marxistische Bilanz der DDR gezogen hat und keine klare antistalinistische Haltung einnimmt. Die DDR wird in den Worten von PDS-FührerInnen immer noch als eine Form oder ein Versuch des Sozialismus dargestellt. Auf der anderen Seite führt die parlamentarische Orientierung der PDS dazu, dass die Partei sich nicht in Kämpfen und Kampagnen engagiert und deshalb keinen Zugang zu radikalisierten ArbeiterInnen und Jugendlichen findet. Sie hat keine Verankerung gefunden und ist weitgehend isoliert von der westdeutschen Bevölkerung. Die PDS wird darüber hinaus im Westen sehr stark als Ost-Partei wahrgenommen.

58. Der PDS-Parteitag in Münster hat aber auch ausgedrückt, dass die Parteiführung die PDS nicht geradlinig in eine bürgerliche Partei umwandeln kann. Gegen das ausdrückliche Votum der Parteiführung bestätigte der Parteitag das prinzipielle Nein zur Unterstützung von UNO-Kampfeinsätzen. Dieses Votum drückt die in der PDS und Teilen der ostdeutschen Arbeiterklasse tief verwurzelte antimilitaristische Grundeinstellung aus und war ein Erfolg für die innerparteiliche Linke. Die Linke konnte diesen Erfolg aber in keiner Weise ausnutzen und ihre Position innerhalb der Partei nicht

stärken. Dies hauptsächlich, weil sie der Parteiführung kein einheitliches alternatives marxistisches Programm entgegenstellt. So konnte sich der rechte Flügel trotz des Rückzuges von Gysi und Bisky wieder konsolidieren.

59. Auf Wahlebene scheint sich die PDS bundesweit bei zwischen 5 und 7 Prozent zu stabilisieren. Damit hat sie sich gegen die Kampagnen der Bourgeoisie behauptet, die zum Ziel hatten die PDS kaputt zu kriegen. Das ist ein Erfolg für die PDS und die gesamte Linke.

Doch auf Grund ihrer Politik verliert die PDS da, wo sie in Verantwortung ist, an Unterstützung. In Mecklenburg-Vorpommern hat sie seit der Regierungsbeteiligung und ihrer damit verbundenen Politik zum ersten Mal sowohl bei den Kommunal- und Europawahlen als auch nach aktuellen Umfragen verloren. Bei allen Landtagswahlen 1999 in Ostdeutschland hat die PDS nur unterdurchschnittliche Zuwächse bei jungen WählerInnen erreicht.

Obwohl die PDS sich auf Bundesebene behaupten konnte, kann sie dies nicht in Mitgliederwachstum umwandeln, im Gegenteil geht die Mitgliedschaft aufgrund der altersbedingt hohen Sterberate von PDS-Mitgliedern deutlich zurück. Eine Schicht von linken AktivistInnen, die in den letzten Jahren in die PDS eingetreten sind, sind schon enttäuscht und desillusioniert. Einzelne davon sind für eine revolutionäre Alternative gewinnbar.

60. Trotzdem ist die PDS heute die einzige reformistische Partei und sichtbare linke Opposition und die einzige große Partei, die sich dem Druck von Neoliberalismus und Globalisierung widersetzt. Sie war die einzige im Bundestag vertretene Partei, die sich gegen den NATO-Krieg auf dem Balkan ausgesprochen hat. Für die Mehrheit der Arbeiterklasse steht die PDS deutlich links von SPD und Grünen.

Doch die PDS-Führung beschränkt sich auf parlamentarische Arbeit mit dem Ziel einer Regierungsbeteiligung nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene. Obwohl sie sich selber einer antifaschistischen Tradition verpflichtet fühlt, hat sie trotz der zunehmenden Polarisierung auf Grund der Zunahme von Rassismus und faschistischen Gewalttaten vor allem im Osten keinerlei Initiative gezeigt. Im Gegenteil, die Demonstration gegen die NPD-Zentrale in Berlin wurde von der Partei nicht aktiv unterstützt. Der Grund liegt darin, dass es sich die PDS nicht mit der SPD verscherzen möchte und sich deshalb deutlich von linken und SPD-kritischen Kräften abgrenzt.

Im Zuge der kommenden Klassenkämpfe ist es allerdings möglich, dass eine Schicht von AktivistInnen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sich auf die PDS orientiert bzw. einzelne AktivistInnen und Jugendliche in die Partei eintreten, was auch wieder eine Polarisierung innerhalb der Partei verstärken könnte. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass Teile der PDS-Führung unter dem Druck von zukünftigen Klassenkämpfen nach links gehen. Die rechtsreformistische Parteiführung hat aber

eine so starke Position, dass nicht zu erwarten ist, dass die PDS einen Kurswechsel vollziehen wird. Sie wird daher nicht der politische Kristallisationspunkt von kommenden Klassenkämpfen werden und sich nicht zu einer gesamtdeutschen Massenpartei entwickeln. Mangels einer linken Alternative ist es jedoch möglich, dass die PDS bis zur Entstehung einer neuen Massenarbeiterpartei ihren Stimmenanteil im Westen steigern kann.

61. Für die SAV gilt deshalb, dass wir weiterhin die Entwicklungen in der PDS genau verfolgen müssen und Einheitsfrontangebote an die Partei machen sollten. Auf kommunaler Wahlebene war es korrekt in Rostock und Berlin gegen die PDS anzutreten. Dies würde auch für Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gelten, wo die PDS Teil der Regierung ist. Bei Bundestagswahlen würde nach wie vor eine kritische Unterstützung der PDS angebracht sein, es sei denn es entwickelt sich eine breitere linke Wahlalternative.

### **Klassenkämpfe und Gewerkschaften**

62. In den Gewerkschaften hat sich im letzten Jahr ein Prozess der Polarisierung verstärkt. Während die Kampfbereitschaft der Beschäftigten deutlich gestiegen ist und die Unzufriedenheit der Basis massiv zugenommen hat, wirft die Gewerkschaftsführung immer mehr gewerkschaftliche Grundsätze über Bord. Die Vereinbarungen im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit, die mageren Tarifabschlüsse, Schultes Bemerkung über die Möglichkeit von 50-Stunden-Wochen, die Kompromissbereitschaft in der Frage der Rentenreform sind nur einige Beispiele hierfür. Die Gewerkschaftsführung betreibt auf breiter Front eine Politik des Ausverkaufs von Arbeiterinteressen. Der Economist zitiert Umfragen denen zufolge die Hälfte der Unternehmen im Westen und dreiviertel im Osten keine Tariflöhne zahlen, in zweidrittel der Firmen flexible Arbeitszeiten umgesetzt werden und in der Mehrzahl keine Betriebsräte existieren. Auf Grund des rechten Kurses der Gewerkschaftsspitze kam es selbst im Aufschwung der 90er Jahre zu weiteren Reallohnabsenkungen. Die Lohnquote hat einen historischen Tiefstand erreicht.

63. Diese Entwicklungen drücken eine Schwächung der organisierten Arbeiterbewegung aus, die sich auch im Rückgang der Gewerkschaftsmitgliedschaft zeigt. Nur noch jeder fünfte Arbeitnehmer ist Gewerkschaftsmitglied (wenn man pensionierte und arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder nicht einbezieht). Mit heute 8 Millionen Mitgliedern zählen die DGB-Gewerkschaften 3,8 Millionen Mitglieder weniger als 1991. Jugendliche, denen die Erfahrung kollektiver gewerkschaftlicher Gegenwehr der Vergangenheit nicht kennen, sehen erst Recht keinen Grund, in die Gewerkschaft einzutreten.

Trotz dieser Schwächung sind die Gewerkschaften nach wie vor die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft. Vor allem in den Großkonzernen ist die Kampfkraft erhalten geblieben.

64. Nach den Massenprotesten von 1996 lenkte die Gewerkschaftsführung den Unmut und die Kampfbereitschaft auf die Bundestagswahl 1998 ab. Mit ihrer 8-Millionen Mark teuren Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ hatte sie aktive Wahlunterstützung für die SPD geleistet.

Die Gewerkschaftsbürokratie sah sich jedoch nach weniger als einem Jahr gezwungen, Demonstrationen gegen die Politik der Schröder-Regierung zu organisieren. Im Juni und September 1999 gingen jeweils ungefähr 30.000 gegen die rot-grüne Gesundheitsreform auf die Straße. Im Oktober protestierten 50.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegen die geplante Begrenzung der Beamtenbesoldung.

Mit Veranstaltungen gegen das Rentengesetz musste die IG Metall-Führung im Herbst 2000 auf den enormen Druck von unten reagieren. Gerade den Metallern ist noch im Bewusstsein, dass die Lohnfortzahlung 1996 durch den Streik von 100.000 KollegInnen verteidigt werden konnte.

Die Streiks bei DaimlerChrysler, Porsche und Volkswagen gegen das Rentengesetz im November 2000, sowie die Demonstration verschiedener lokaler Gewerkschaftsgliederungen in Stuttgart am 12.12.2000 sind Ausdruck der wachsenden Kampfbereitschaft. Die Führungen von DGB, ÖTV und IG Metall sahen sich im November/Dezember dazu gezwungen der Regierung mit Kampfmaßnahmen gegen das Rentengesetz zu drohen und ein eigenes Rentenkonzept anzukündigen. Zum Zeitpunkt der SAV-Bundeskonferenz, die diese Resolution verabschiedet hat, ist schwer abzusehen, ob es in den wenigen Wochen bis zur Abstimmung zum Rentengesetz im Bundestag zu einer Bewegung kommen kann. Die Demonstration von Stuttgart kann aber Signalwirkung haben und den Druck auf die Gewerkschaftsführung so erhöhen, dass diese zu bundesweiten oder regionalen Protestaktionen gezwungen sein kann.

Die Sorge, die Kontrolle zu verlieren, lässt die Gewerkschaftsführung zurückschrecken, im Anschluss an die Saalveranstaltungen darüber hinausgehende Proteste zu organisieren. In der Tarifrunde 2000 wurden aus diesem Grund nicht einmal Warnstreiks organisiert. Die Gewerkschaftsbürokratie spürt die explosive Stimmung. Ihr altes Schema des „Dampf ablassen“ ist in Gefahr.

64a Die Auseinandersetzung um das Rentengesetz wird die Polarisierung innerhalb der Gewerkschaften beschleunigen. Dies gilt vor allem, da die Gewerkschaftsführung den Einstieg in die Privatisierung der Rente nicht grundsätzlich ablehnt, viele AktivistInnen dies aber tun. Wenn die Gewerkschaftsführung in dieser Frage einem faulen Kompromiss zustimmt, was nicht ausgeschlossen ist, wird das bei vielen Kolleginnen und Kollegen zu großem Unmut führen und die Offenheit für den Aufbau einer

innergewerkschaftlichen Opposition steigern.

65. Die von uns bei der letzten Bundeskonferenz erwartete Zunahme betrieblicher Kämpfe ist, vor allem wegen der Fortsetzung und Verstärkung des Konjunkturaufschwungs, in Ansätzen stecken geblieben. Ansätze, die es gab, wie die Proteste von Tausenden von Holzmann-Beschäftigten oder die Betriebsbesetzung bei Alcatel in Berlin, haben aber einen Eindruck davon vermittelt, welche Form von Verteidigungskämpfen nach dem Einsetzen einer Rezession zu erwarten sind.

Bei Opel Bochum kam es in den letzten vier Jahren zu neun spontanen Arbeitsniederlegungen.

Das stärkere Wirtschaftswachstum kann aber (vor allem angesichts der Wut über die Tarifabschlüsse 2000) im nächsten Jahr in den Betrieben und Gewerkschaften Nachschlagsforderungen aufkommen lassen, wie das in der ÖTV schon der Fall ist. Wirtschaftswachstum kann das Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse stärken und zu einer höheren Kampfbereitschaft führen. Dies wird wahrscheinlich nicht zu verallgemeinerten Kämpfen führen, da wir davon ausgehen müssen, dass der Aufschwung nicht von langer Dauer sein wird. Aber betriebliche Kämpfe, wie es sie zum Beispiel bei Volkswagen für die Einstellung von KollegInnen mit befristeten Arbeitsverträgen gegeben hat, sind nicht auszuschließen.

66. Andere Fragen, die zu betrieblichen Kämpfen führen können, sind die vielfach anstehenden Privatisierungen kommunaler Betriebe und die damit einher gehenden Folgen. Der mehr als einen Monat dauernde Streik bei der Müllverbrennungsanlage Bonn gegen den Ausstieg aus dem Bundesangestelltentarif (BAT) ist ein Beispiel für Widerstand kommunaler Beschäftigter.

67. An der Gewerkschaftsbasis hat die Unzufriedenheit massiv zugenommen. Das gilt vor allem für die ÖTV, aber auch für andere Gewerkschaften wie die IG Metall.

In der ÖTV richtet sich der Unmut in besonderem Maße gegen den Ausverkauf in der letzten Tarifrunde, nachdem 76 Prozent gegen den Willen des Hauptvorstandes für Streik gestimmt hatten. Die Erfahrungen mit Privatisierung, Liberalisierung, Arbeitsplatzvernichtung und Tariffucht stoßen auf immer größere Unzufriedenheit. Diese Unzufriedenheit spiegelt sich auch wider in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Verdi.

Der IG Medien-Kongress hat gegen die Stimmen der Mehrheit des Geschäftsführenden Hauptvorstandes – ebenso wie der Kongress der HBV – den Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit beschlossen. Vor allem in der IG Metall kommen zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung auf.

68. Der ÖTV-Gewerkschaftstag war eine Niederlage für die Bürokratie. Die scharfe

Kritik, die von den Delegierten am Verlauf der Tarifrunde 2000 geübt wurde und die mit 65 Prozent geringe Zustimmung zu ver.di machten den Plänen von Herbert Mai und Co. einen Strich durch die Rechnung und zwangen ihn zum Rücktritt. Doch die Chance für eine grundlegende Wende wurde von der reformistischen Linken um Bezirksvorsitzende wie Limbeck (NRW II) und Michael Wendl (Bayern) nicht genutzt. Aus Angst vor der eigenen Courage zogen sie den Schwanz ein und unterstützten die Wahl des Personalleiters der Stadt Hannover, Frank Bsirske, zum ÖTV-Vorsitzenden - statt eines Wandels setzte sich so Kontinuität durch. Dieser Verlauf drückt die politische Schwäche der reformistischen Linken aus und die Tatsache, dass sie keinen grundsätzlichen Bruch mit der Linie der Mais und Zwickels wollen. So hat der ÖTV-Gewerkschaftstag ver.di noch nicht begraben. Die hohe Zustimmung zu einem neuen Vorsitzenden, der sich unmissverständlich für ver.di ausgesprochen hat und die 77 Prozent für die Einberufung eines Sondergewerkschaftstages im kommenden Jahr lassen vermuten, dass ein Teil der Delegierten einem etwas reformiertem ver.di - Projekt bereit wäre zuzustimmen. Die ÖTV-Führung wird in alles daran setzen die ver.di - GegnerInnen unter Druck zu setzen und eine achtzigprozentige Zustimmung beim Gewerkschaftstag zu erreichen. Dies ist alles andere als sicher, aber auch nicht ausgeschlossen. Der Kampf gegen ver.di muss auf jeden Fall weitergeführt werden.

69. Vor dem Hintergrund des wachsenden Unmuts an der Gewerkschaftsbasis bieten sich den Linken in den Gewerkschaften neue Möglichkeiten. Allerdings ist die „Apparat-Linke“ nicht bereit in die Offensive zu gehen, was sich zum Beispiel daran zeigte, dass es weder im Vorfeld noch nach Herbert Mais Rücktritt einen Gegenkandidaten zum ÖTV-Vorsitzenden Mai gab. Ohne eine kämpferische und offensive Opposition in der Gewerkschaften wird aber der Trend zu Austritten und wenig Eintritten erst einmal fortgesetzt werden.

Der Gewerkschaftslinken kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie ist ein Ansatz für eine innergewerkschaftliche linke Opposition. In ihr kommt die wachsende Polarisierung innerhalb der Gewerkschaften, die steigende Kampfbereitschaft der Basis und das gestiegene politische Selbstbewusstsein der Reste der Linken zum Ausdruck. Mit einem Programm zur Umwandlung der Gewerkschaften in Kampforganisationen, konkreten Aktionen und Kampfvorschlägen wäre sie in der Lage, andere KollegInnen hinter sich zu scharen und einen effektiven Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben. Sie könnte in Betrieben, wo sie verankert ist und Einfluss auf den Verlauf von Kämpfen nehmen kann, den Trend zu Mitgliederverlusten stoppen und demonstrieren, wie die Gewerkschaften aufgebaut werden können. Die 100 Eintritte in die ÖTV beim Klinikum Kassel im Rahmen des Kampfes gegen die Privatisierung sind ein Ausdruck dieser Möglichkeiten. Das erfolgreiche Vorgehen von AktivistInnen der Gewerkschaftslinken im Raum Stuttgart zur Durchsetzung der regionalen Großdemonstration gegen das Rentengesetz markiert einen wichtigen Schritt hin zur Kampagnenfähigkeit und

Bereitschaft Kämpfe anzustoßen. Damit ist die Gewerkschaftslinken zu einem realen Faktor geworden.

Wir werden direkt und über unsere Arbeit beim „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ am Aufbau der Gewerkschaftslinken teilnehmen und uns insbesondere für die Annahme einer Plattform, den Aufbau lokaler Gruppen und die Organisierung von Kampagnen einsetzen. In den nächsten Monaten werden wir uns vor allem dafür stark machen, dass die Gewerkschaftslinken die Kampagne gegen das neue Rentengesetz entschlossen führt. Die Gewerkschaftslinken sollte außerdem eine aktive Rolle beim Kampf um einen Lohnnachschlag spielen.

### *Aussichten für eine neue Arbeiterpartei und die Aufgaben der SAV*

70. Wie schon ausgeführt gibt es auf breiter Front eine Enttäuschung von ArbeiterInnen und Jugendlichen mit dieser Regierung. Die Erfahrungen mit einer SPD/Grünen-Regierung, die ihre Politik ausschließlich an den Interessen der Unternehmer orientiert, mit einer PDS, die vor den kapitalistischen „Sachzwängen“ mehr und mehr kapituliert und mit kommenden gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen (und gleichzeitig die Erfahrung, dass solche Kämpfe alleine nicht ausreichen, sondern eine politische Alternative nötig ist) werden den Boden für die Entstehung einer neuen Arbeiterpartei in der Zukunft bereiten.

71. Die Idee einer neuen Arbeiterpartei findet zum jetzigen Zeitpunkt viel Sympathie und Unterstützung in Teilen der Arbeiterklasse. Allerdings eher in den Teilen, die nicht in Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen aktiv sind und keinen praktischen Schritt für die Bildung einer solchen Partei zum jetzigen Zeitpunkt unternehmen würden.

60. Bisher gibt es noch keine Umgruppierung auf der Linken, die in Richtung einer neuen Partei weisen würde. Die wichtigste neue Formation ist die Gewerkschaftslinken, die aber weit davon entfernt ist, die Gründung einer neuen Arbeiterpartei zu propagieren.

72. Das hat unterschiedliche Gründe. Es gibt immer noch Gewerkschafts-aktivistInnen, die ihre Orientierung auf die SPD bzw. ihre SPD-Mitgliedschaft nicht aufgegeben haben. Andere sehen die PDS als einzige mögliche Alternative oder sehen die drängendste Aufgabe darin eine gewerkschaftliche Linken aufzubauen und fürchten, dass die Diskussion um die Frage einer Arbeiterpartei das Projekt Gewerkschaftslinken schädigen könnte. Eine weitere Schicht der betrieblichen Linken war noch nie politisch organisiert und beschränkt sich nach wie vor auf den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf.

73. Die Herausbildung einer neuen Arbeiterpartei wird ein in die Länge gezogener Prozess sein. Es wird wahrscheinlich mehrerer Wellen verallgemeinerter Klassenkämpfe bedürfen bis eine solche Partei entstehen wird. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass es in diesem Prozess einige Fehlgeburten geben kann und manche Ansätze wieder verschwinden werden. Wahrscheinlich ist, dass es vor der Gründung einer bundesweiten Struktur zu lokalen Wahlbündnissen von verschiedenen linken und gewerkschaftlichen AktivistInnen kommen wird.

74. MarxistInnen müssen einerseits die grundlegenden Ideen des Sozialismus propagieren und helfen, diese in der Arbeiterklasse und unter der Jugend neu zu verankern und am politischen und organisatorischen Neuaufbau der Arbeiterbewegung teilnehmen. Andererseits haben wir die Verantwortung die Ideen des revolutionären Marxismus weiterzuentwickeln und alle Möglichkeiten zu nutzen eine möglichst starke revolutionäre Partei aufzubauen.

75. Wir gehen nicht davon aus, dass die Masse der Arbeiterklasse auf einem direkten Weg zum revolutionären Marxismus und unserer Partei findet. Die Entstehung einer breiten Massenpartei der Arbeiterklasse, mit einem zunächst wahrscheinlich begrenzten Programm, ist ein notwendiger Schritt beim Wiederaufbau der Arbeiterbewegung und auf dem Weg zum Aufbau einer revolutionären Massenpartei. Je stärker aber die Kräfte des Marxismus zum Zeitpunkt der Entstehung einer breiten Arbeiterpartei sind, desto erfolgreicher wird sich eine solche Partei entwickeln können und desto schneller wird sich eine revolutionäre Massenpartei aufbauen können.

76. Aufgrund der zur Zeit fehlenden Basis für das Zustandekommen einer neuen Arbeiterpartei stellt sich uns zur Zeit noch vor allem die Propagandaufgabe die Idee einer solchen Partei zu verbreiten.

Während wir weiterhin an der Gewerkschaftslinken, dem Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV, der Euromarsch-Initiative, lokalen Bündnissen zu konkreten Kampagnen und Kommunalwahlen und ähnliches teilnehmen, stellen wir den Aufbau unserer sozialistischen Partei SAV in den Mittelpunkt. Die Formel, die wir seit 1997 benutzen gilt nach wie vor: die einzige Partei, die wir ArbeiterInnen und Jugendlichen zur Zeit anbieten können, ist die SAV.

## Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

### Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Infos:

030 - 24723802

Abgeben am Info-Stand der SAV,  
bei Deinem VORAN-Verkäufer  
oder senden an:  
Sozialistische Alternative,  
Littenstraße 106/107, 10179  
Berlin, Telefon:  
(030) 24723802, Fax:  
(030) 24723804  
e-mail: info@sav-online.de

**Verkaufspreis: 1 DM**